

An die Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	13.11.2025	öffentlich

Drucksachen-Nr.

0041/2025-2030

Datum:

06.11.2025

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

Anfrage: Stellungnahme zur Stadtbild-Aussage des Bundeskanzlers

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer,

zur kommenden Sitzung des Stadtrats stelle ich folgende Anfrage:

Wie positionieren Sie sich als Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld zu der Aussage von Friedrich Merz zum Thema Stadtbild?

Zusatzfrage 1: Wie gedenken Sie während Ihrer Amtszeit ein friedliches Miteinander in Bielefeld zu fördern, so dass sich auch die 41% der Menschen mit internationaler Geschichte wohl und willkommen fühlen?

Begründung der Anfrage

Die jüngsten Aussagen von Friedrich Merz zum Thema „Stadtbild“ haben bundesweit für Empörung und eine wichtige gesellschaftliche Debatte gesorgt. Wenn pauschal behauptet wird, bestimmte Gruppen – etwa Menschen mit internationaler Geschichte oder muslimischem Hintergrund – prägten das Stadtbild „negativ“ oder gefährdeten „deutsche Städte“, dann werden ganze Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder äußeren Erscheinung herabgesetzt und ausgegrenzt. Solche Aussagen sind in ihrer Wirkung diskriminierend und können als rassistisch bezeichnet werden, da sie Menschen nicht als Individuen, sondern als vermeintlich homogene, problematische Gruppen darstellen.

Auch das spätere Zurückrudern von Herrn Merz, in dem er erklärte, „nicht alle“ gemeint zu haben, kann die Wirkung der ursprünglichen Aussage nicht aufheben. Zum einen blieb die Aussage mehrere Tage unwidersprochen im Raum stehen und entfaltete ihre Wirkung in der öffentlichen Wahrnehmung. Zum anderen hatte Herr Merz durch seine Wortwahl bereits ein Bild gezeichnet, das bestehende Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte verstärkt und gesellschaftliche Gräben vertieft hat. Politische

Verantwortung bedeutet jedoch, die Tragweite und Deutungskraft öffentlicher Äußerungen zu bedenken und die Grundwerte des demokratischen Zusammenlebens zu schützen.

Diese Rhetorik steht im Widerspruch zu den zentralen Werten unseres **Grundgesetzes**. Artikel 1 Absatz 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) und Artikel 3 Absatz 3 („Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens oder seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“) bilden das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Aussagen, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Religion pauschal problematisieren, gefährden diese Grundprinzipien und damit den gesellschaftlichen Frieden.

Gerade in einer vielfältigen Stadt wie **Bielefeld**, in der rund **41 % der Einwohnerinnen und Einwohner eine internationale Geschichte** haben, ist es besonders wichtig, dass die Stadtspitze Haltung zeigt und für ein respektvolles, solidarisches Miteinander eintritt. Die Positionierung der Oberbürgermeisterin zu solchen Aussagen ist daher von öffentlichem Interesse. Sie signalisiert, welche Werte in unserer Stadtgemeinschaft gelten und wie mit diskriminierenden Narrativen umgegangen wird.

Darüber hinaus ist von zentraler Bedeutung, zu erfahren, **welche konkreten Maßnahmen** während der Amtszeit der Oberbürgermeisterin geplant oder bereits umgesetzt werden, um das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt weiter zu fördern. Ziel muss es sein, dass sich alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Kultur – **gleichberechtigt, sicher und willkommen** fühlen und das Bielefelder Stadtbild als Ausdruck gelebter Vielfalt verstanden wird.

Diese Anfrage dient somit dem Schutz und der Stärkung der Werte unseres Grundgesetzes und der Förderung einer offenen, demokratischen und solidarischen Stadtgesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Lena Oberbäumer, Die PARTEI Bielefeld

gez.

Lena Oberbäumer